

Der Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Wien - Brigittenau stellt gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung des 20. Wiener Gemeindebezirkes am 16.11.2016 folgenden

A N T R A G

Die zuständigen Stellen des Magistrates sollen angewiesen werden, bis auf weiteres sämtliche Verteilungen und Veranstaltungen der „Lies-Stiftung“ im 20. Bezirk nicht zu gestatten.

B E G R Ü N D U N G

Da es sich bei der „Lies Stiftung“ nachweislich um „Salafistische Muslime“ mit einer starken Neigung zum Extremismus handelt, muss hier präventiv gehandelt werden. In Deutschland gibt es vom Verfassungsschutz bereits unzählige Berichte über Einzelschicksale, welche im Dschihad bei der Terrormiliz IS geendet haben. Begonnen haben sie jedoch mit einem Gratis-Koran-Exemplar. Die Gefahr, die sich hinter solchen Aktionen versteckt, liegt auf der Hand. Im direkten Kontakt werden oft unbeholfene, sozial schwache Personen zum Weitermachen animiert. Es folgen Gesprächsrunden, gemeinsame Veranstaltungen und irgendwann kann es zur Radikalisierung kommen. Vor allem jetzt, wo sich die Stadt Wien einer großen Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge angenommen hat, könnte gerade bei diesen angeworben werden.

Es liegt in unser aller Verantwortung fragliche Aktionen genau zu überprüfen und Schutz der Gesellschaft ange-deihen zu lassen und deshalb speziell in 20. Bezirk die Koranverteilung der „Lies Stiftung“ bis auf weiteres zu unterbinden!

Anmerkung: Dieser Antrag wurde nicht zur Behandlung zugelassen!



Die unterfertigte Bezirksrätin Karin Lenz (FPÖ) stellt gemäß § 23 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung des 20. Wiener Gemeindebezirkes am 16. November 2016 folgende

A N F R A G E

betreffend Umbau des Hannovermarktes.

Der Hannovermarkt wurde im Jahr 2003 umgebaut, verkleinert und revitalisiert. Die Finanzierung erfolgte entsprechend den Bestimmungen über die Dezentralisierung aus Mitteln des Bezirksbudgets, wobei jedoch dafür auch EU Ziel2-Förderungsgelder beansprucht wurden.

Im rot-grünen Regierungsübereinkommen aus dem Jahr 2015 ist im Kapitel 9 zum Thema Märkte der Abriss und die Neuerrichtung des Hannovermarktes festgeschrieben.

Da die Frage eines neuerlichen Umbaus des Hannovermarktes in letzter Zeit auch seitens der Marktstandbetreiber immer öfter an die Anfragestellerin herangetragen wurde, frage ich Sie Herr Bezirksvorsteher

1. Gibt es bereits Planungen für den Abriss und die Neuerrichtung des Hannovermarktes?
2. Wann soll mit dem Abriss und der Neuerrichtung des Marktes begonnen werden?
3. Mit welchen Kosten ist für Abriss und Neuerrichtung zu rechnen und von wem sollen diese Kosten (in welchem Verhältnis) getragen werden?
4. Ist beabsichtigt, den Markt im Zuge eines geplanten Umbaus zu verkleinern?
5. Gibt es Überlegungen betreffend eine finanzielle Entschädigung der Standbetreiber für die durch einen Abriss und Neubau zu erwartenden finanziellen Ausfälle?

Die unterfertigten Bezirksrätinnen Flaminia Bettini und Gertraud Lindenbauer (FPÖ) stellen gemäß § 23 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in der Sitzung der Bezirksvertretung des 20. Wiener Gemeindebezirkes am 16. November 2016 folgende

A N F R A G E

betreffend Radfahren in der Fußgängerunterführung am Friedrich Engels-Platz

Am Anfang der beiden Rampen der Fußgängerunterführung am Friedrich Engels-Platz befindet sich jeweils auf Straßen-Niveau das Verkehrszeichen „Fahrverbot für Fahrräder“. Dennoch wird die Unterführung regelmäßig von Radfahrern benutzt.

Die bis vor rund 1 bis 1 1/2 Jahren am Ende der Rampe des Gehweges der Unterführung stehenden für Radfahrer sehr störenden Betonbegrenzungen, wurden entfernt. Wegen jetzt dort fehlenden Hindernissen fahren Radfahrer in beiden Fahrtrichtungen teilweise mit hohem Tempo und rücksichtslos die Rampe der Unterführung runter und auf der anderen Seite ungebremst hinauf soweit sie kommen. Dadurch kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen und Beinahe-Zusammenstößen zwischen dort gehenden Fußgängern und den das Fahrverbot missachtenden Radfahrern.

Ganz besonders sind Kinder, ältere, nicht mehr so mobile Personen und auch Hunde gefährdet.

In diesem Zusammenhang frage ich Sie Herr Bezirksvorsteher

1. Wurden in den letzten Jahren Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern zu diesem Thema an Sie herangetragen?
2. Ist Ihnen bekannt, ob es dort Anzeigen wegen der Missachtung des Radfahrverbots gab?
3. Ist Ihnen der Grund für die Entfernung der Betonhindernisse am unteren Ende der Rampe bekannt bzw. wer die Entfernung veranlasst hat?
4. Gab es dort in den letzten Jahren Ihnen bekannt gewordene Unfälle mit Verletzten?
5. Gibt es umsetzbare Ideen zur Entschärfung dieser derzeit die körperliche Sicherheit aller Benutzerinnen und Benutzer der Unterführung gefährdende Situation und wenn ja, welche?